

Archiv für radikaldemokratische Politik

Magazin des Archiv für radikaldemokratische Politik e.V. – Sonderheft 1/2003



Editorial

⇒ Radikaldemokratische Politik kann auf eine lange Geschichte zurückblicken, die nicht erst mit der Revolution von 1848 beginnt. Der politische Liberalismus hat seine Wurzeln ebenso in radikaldemokratischen Gedanken, wie die demokratische ArbeiterInnenbewegung und die Friedensbewegung. So schauen wir zurück auf Persönlichkeiten, wie Wilhelm Liebknecht, Ludwig Quidde und viele andere.

Das "Archiv für radikaldemokratische Politik", das im Jahre 2001 durch den Bundesvorstand der JungdemokratInnen/Junge Linke - dem parteiunabhängigen und radikaldemokratischen Jugendverband gegründet wurde, hat zum Ziel, als Gedächtnis radikaldemokratischer Politik die Erinnerung an Organisationen, Ereignisse und Positionen aufrecht zu erhalten. Zur Erfüllung dieses Zwecks soll insbesondere das gleichnamige Magazin "Archiv für radikaldemokratische Politik" erscheinen. Anlässlich des JungdemokratInnen-Oldie-Treffens am 08. Februar 2003 liegt nunmehr eine kurzfristig erstellte erste Sonderausgabe vor.

Sie soll insbesondere Geschmack auf weitere Ausgaben machen, in der Dokumente radikaldemokratischer Politik in kommentierter Form wieder veröffentlicht, historische Ereignisse dargestellt und wissenschaftliche Arbeiten über die Geschichte radikaldemokratischer Politik einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollen. ⇐

Inhalt

Die Archivbestände der DJD und nahestehender Gruppen S. 2	Die Jungdemokraten in der Weimarer Republik S. 4	Die Wiedergründung der Jungdemokraten nach 1945 S. 6	Dokumente zur Gründung der MJV „Junge Linke“ 1990 S. 9
---	--	--	--

Zum aktuellen Stand der Archivbestände der JungdemokratInnen und ihr nahestehender Organisationen

Die Jungdemokratinnen und Jungdemokraten blicken auf eine wechselvolle Geschichte zurück. Seit ihrer Gründung am 25.-27. April 1919 in Berlin haben der Reichsbund der Deutschen Demokratischen Jugendvereine, die späteren Deutschen Jungdemokraten (DJD), die heutigen JungdemokratInnen/Junge Linke (JD/JL) und ihr nahestehende Organisationen wie der Reichsbund Demokratischer Studenten, der Liberale Studentenbund Deutschlands (LSD), der Liberale Hochschulverband, die Radikaldemokratischen Studentengruppen (RSG) bzw. das heutige Bündnis linker und radikaldemokratischer Hochschulgruppen (Li-Ra) ganz selbstverständlich eine unschätzbare Menge an Schriften, Dokumenten, Werbemittel usw. hervorgebracht. Das Archiv für radikaldemokratische Politik hat den Versuch unternommen, eine erste Übersicht der vorhandenen Archivbestände der JungdemokratInnen und ihr nahestehender Organisationen vorzunehmen.

Über die Jungdemokraten der Weimarer Republik liegen bedauerlicherweise so gut wie keine Archivmaterialien vor. Die nicht im Zusammenhang mit der Rechtswende der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) zur Deutschen Staatspartei (DStP) 1929/30 abgespaltenen Jungdemokraten, die bis zu ihrem Verbot 1933 Staatsbürgerliche Jugend hießen vernichteten Anfang Juli 1933 die meisten ihrer Unterlagen, um sie nicht in die Hände der NSDAP fallen zu lassen, die an den Mitgliederdaten selbstredend stark interessiert war. Über den abgespaltenen Flügel der Weimarer Jungdemokraten, der 1930 zuerst die Vereinigung unabhängiger Demokraten (VUD) und dann die Radikaldemokratische Partei (RDP) gründete, bestehen ebenfalls nur vereinzelte Unterlagen, die im Archiv des Liberalismus in Gummersbach zusammengefasst sind.

Außerordentlich solide wiederum sind die Unterlagen der DJD bzw. von LSD und LHV von Anfang der fünfziger Jahre bis Anfang der neunziger Jahre. Der absolut überwiegende Teil findet sich wiederum im Archiv des Liberalismus. In Gummersbach sind folgende Archivbestände vorhanden:

Deutsche Jungdemokraten (DJD)

DJD-Bundesverband	1951-1991
DJD-Landesverband Bayern	1958-1989
DJD-Landesverband Berlin	1969
DJD-Landesverband Hessen	1949-1981
DJD-Landesverband Nordrhein-Westfalen	1960-1968
DJD-Landesverband Schleswig-Holstein	1950-1984
DJD-Bezirksverband Köln	1971-1978
DJD-Bezirksverband Niederrhein	1967-1977
DJD-Kreisverbände (A-Z)	1954-1988

Liberaler Hochschulverband (LHV)

LHV-Bundesverband	1972-1989
LHV-Landesverband Bayern	1970-1981
LHV-Hochschulgruppe Köln	1971-1982
LHV-Hochschulgruppe München	1970-1978

Liberaler Studentenbund Deutschlands (LSD)

LSD-Bundesverband	1951-1968
LSD-Hochschulgruppe Göttingen	1949-1978
LSD-Hochschulgruppe Köln	1956-1962

Seniorenverband des Liberalen Studentebundes / Verband liberaler Akademiker	1954-1974
---	-----------

Radikaldemokratische Studentengruppen (RSG)

RSG-Bundesverband	
-------------------	--

Personenbezogene Bestände

Baum, Gerhart Rudolf (28.10.1932)	
1966-1968 DJD-Bundesvorsitzender	
Braun, Guido Dr. (22.4.1927)	
1947-1948 Schriftleiter der "Nachrichten der Jungdemokraten"	
1950-1952 Mitglied des Landesvorstandes der DJD-Bayern	
Lüder, Wolfgang (11.4.1937)	
1962-1963 Bundesvorsitzender des LSD	
1968-1970 Bundesvorsitzender der DJD	
Mischnick, Wolfgang (20.9.1921)	
1954-1957 Bundesvorsitzender der DJD	

Der Landesverband Baden-Württemberg der DJD hatte sich entschieden, seine Unterlagen vollständig dem in Freiburg ansässigen Archiv für soziale Bewegungen in Baden zu übereignen. Dort finden sich umfangreiches Aktenmaterial unter anderem Druckschriften, Plakate und andere Werbemittel der DJD BaWü bis zur Organisationsreform der Bezirke in Regionalgruppen 1971 sowie ab diesem Zeitraum aber auch Materialien der DJD-Landesverbände Berlin, Hamburg, Bremen, Saarland, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Bayern sowie des DJD-Bundesverbandes seit den 50er Jahren.

Im Bundesarchiv in Koblenz finden sich Archivmaterialien des Liberalen Hochschulverbandes (LHV) sowie des Liberalen Studentverbundes (LSD). Es soll nicht unerwähnt bleiben, dass in der Zeitschrift „liberal“ von 1971 im Zusammenhang mit einer Darstellung der Bemühungen um die Gründung eines LSD-Nachfolgers vermutet wurde, dass der LSD sein Archiv mit Unterlagen aus immerhin 20 Jahren liberaler Studierendenpolitik nur deshalb für 3.000 DM an das Bundesarchiv verkauft habe, um damit in seiner Geschäftsstelle Haschisch verkaufen zu können.

Die Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv verwaltet die Dokumente der Marxistischen Jugendvereinigung „Junge Linke“ aus ihrer Gründungsphase. Dort enthalten sind unter anderem: Vorläufiges Statut der MJV. - Erster ordentlicher Kongreß, Potsdam 28.4.-30.4.1990 (Tagesordnung, Geschäftsordnung, Bericht an den Kongreß, Grundsatzpapier, Aktionsprogramm, Statut, Finanzrichtlinien, Anträge zum Verfassungsentwurf des Runden Tisches der DDR, zum Zusammenschluß der linken Jugendorganisationen der DDR). - Leitlinien der Arbeit des MJV. - Selbstdarstellung, Forderungen und Ziele des MJV Potsdam. - Aufruf zur Demonstration am 17.5.1990

Viele weitere Unterlagen der JungdemokratInnen/Junge Linke und der MJV aus den achtziger und insbesondere den neunziger Jahren finden sich in der Bundesgeschäftsstelle der JD/JL in Berlin.

Jenseits dieser Archivbestände bietet insbesondere die Zeitschrift „liberal“ all denjenigen, die einen Überblick über linksliberale Positionsbildung und vor allem die Haltung der DJD sowie des LSD bzw. LHV gewinnen wollen viele spannende Informationen. So gibt 1971 Hans-Otto Rommel einen Überblick zu den Weimarer Jungdemokraten, streiten sich 1973 Neunhöfer und Schroers sowie Flach über die Doppelstrategien der DJD, bilanziert 1973 Gerhart Baum die Entwicklung der Internationalen Arbeit der DJD und Michael Kleff 1978 30 Jahre DJD.

Leider nur in der Hessischen Landesbibliothek in Wiesbaden vollständig einsehbar ist der JW-Informationendienst, ein vom Bundesjugendministerium geförderter Jugendnachrichtendienst, der ab 1962 bis 1969 einen wohl einzigartigen Überblick über die Öffentlichkeitsarbeit der DJD gibt und insbesondere in den 70er Jahren mit außerordentlich informierten Dokumentationen Einblick in die Bundesdelegiertenkonferenzen der DJD, vor allem in den Jahren 1979-1982 bietet. ⇐

Anzeige

Buchvorstellung

Die ehemalige Jungdemokratin **Susanne Willems** hat ein neues Buch herausgebracht:

Der entsiedelte Jude. Albert Speers Wohnungsmarktpolitik für den Berliner Hauptstadtbau

EDITION HENTRICH 2002, 480 Seiten, 124 Abbildungen

ISBN 3-89468-259-0, gebundener Ladenpreis Euro 19.95

(Publikationen der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz, hrsg. von Norbert Kampe, Wolfgang Scheffler und Gerhard Schoenberner, Band 10)

Das Buch ist eine Gesamtdarstellung der antijüdischen Politik, die Albert Speers Behörde für die Durchsetzung des Berliner Hauptstadtbaus ab September 1938 initiierte: Diese begann mit dem Projekt "Judensiedlung" zur zwangsweisen Exmittierung Berliner Juden und führte noch vor Kriegsbeginn zur Festsetzung "judenreiner Gebiete", um die rassistisch separierten Wohnungsmärkte zu kontrollieren. Ab Jahresbeginn 1941 wurden Berliner Juden zu Tausenden in beispielloses Wohnungsend gestoßen, bevor im Oktober 1941 die Massendeportation der mehr als 50.500 Berliner Juden begannen.

Die JungdemokratInnen in der Weimarer Republik

Die Geschichte der JungdemokratInnen in der Weimarer Republik kann nur verstanden werden vor dem Hintergrund der Jugendbewegung, insbesondere der Freideutschen Bewegung. Die ursprüngliche Wandervogelbewegung war im hohen Maße unpolitisch – allein die Aufnahme von Juden führte aufgrund radikal antisemitischer Ressentiments zu temporärer Politisierung vor dem 1. Weltkrieg. Der 1. Weltkrieg und die damit verbundenen Umwälzungen führten im Zeitraum 1917/1918 zur Auseinandersetzung mit sozialen und politischen Fragen selbst in der unpolitischen deutschen Jugendbewegung. Sie führten zur Flügelbildung in der freideutschen Jugend und letztlich zu deren Auseinanderbrechen. Doch auch die Parteien traten stärker als vordem an die Jugend heran. Und so bildeten sich im Kontext der Gründung der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), nach dem bereits im November 1918 in Berlin gegründeten Demokratischen Jugendverein, im Laufe des Jahres 1919 im ganzen Reichsgebiet Demokratische Jugendvereine. Neben eigenständigen Gründungen wurden einige auch von der Partei ins Leben.

Auf einem nach Berlin einberufenen Demokratischen Jugendtag schlossen sich die Demokratischen Jugendvereine zum »Reichsbund Deutscher Demokratischer Jugendvereine« zusammen. Erster Vorsitzender wurde Max Wießner; das Bundesorgan trug den Namen »Die Demokratische Jugend«. Das studentische Pendant trug den Namen »Reichsbund demokratischer Studenten«.

Verteidigung der Weimarer Republik

Auf dem 2. Jugendtag in Nürnberg am 10./11. Dezember 1920 löste der Reichsbund seine engen Beziehungen zur DDP und trat in die Reihe der Deutschen Jugendbewegung ein. In den folgenden zwei Jahren wurde zunehmend deutlich, dass im Reichsbund zwei Strömungen bestanden. Während die eine Strömung durch ein republikanisches Bekenntnis intervenierendes politisches Engagement anstrebte, verharrete der andere Teil in der klassischen freideutschen Jugendbewegung fernab von Politik. Im Jahre 1923 schied die freideutsche Oppositionsgruppe mit ihren Schwerpunkten Mitteldeutschland und Ostpreußen aus dem Reichsbund aus. Auf dem in Folge dessen einberufenen außerordentlichen Bundestag in Jena wur-

de Ernst Lemmer (nach 1945 Mitbegründer der Ost-CDU und späterer Minister im Kabinett Adenauer) Reichsbund-Vorsitzender. Die Demokratische Jugend kooperierte eng mit der DDP – die Ermordung Walter Rathenaus war für diese Linksliberalen Stützen der Weimarer Republik ein herber Schlag. In einem gemeinsamen Aufruf von Demokratischer Jugend, Arbeiterjugend und Jungsozialisten wurde 1922 u.a. erklärt: *„Republikanische Jugend heraus! Schließt die Front gegen die nationalistischen Mordbuben! Wo ihr verheerender Geist umgeht! Nieder mit den Mördern und ihrer Helfern! Republikanische Jugend sei wachsam! Es geht im besonderen um deine Zukunft!“*.

Gegen Rüstungsprojekte und Rechtsliberale Strömungen

Der Jugendtag 1928, auf dem die Umbenennung in »Reichsbund der Deutschen Jungdemokraten« erfolgte, stand ganz unter dem Eindruck der anstehenden Landtags- und Reichstagswahlen. In diesem Zusammenhang wünschten sich viele Jungdemokraten einen stärkeren Linkskurs der DDP. Immerhin fühlten sich laut einer entsprechenden Befragung 78% der Jungdemokraten als linksdemokratisch und nur 3% als rechtsstehend.

Wichtiger Bestandteil linksliberaler Politik war ein entschiedener Pazifismus, wie er vom Nobelpreisträger und Demokraten Prof. Ludwig Quidde vertreten wurde. Quidde gehörte zugleich dem Präsidium der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG) an und war Vorsitzender des Friedenskartells. Radikaler Vertreter dieser Richtung und in dieser Hinsicht auch Kontrapart von Lemmer war der Hamburger Jungdemokratenvorsitzende Erich Lüth.

Das größte deutsche Rüstungsvorhaben seit dem I. Weltkrieg, der Bau des Panzerkreuzers A sowie die Orientierung der DDP in Richtung eines Wahlbündnisses »Deutsche Staatspartei« unter Einschluss rechts- bzw. nationalliberaler Gruppen führte schließlich zur Spaltung der Jungdemokraten. Die Reichsleitung der Jungdemokraten beschloss 1928 in Meßlar, gemeinsam mit der Friedensbewegung und Kommunisten gegen den Panzerkreuzerbau zu mobilisieren. Als es im Parteiausschuss der DDP jedoch zur Abstimmung über den Panzer-

kreuzerbau kam, votierte Lemmer mit 73 anderen Kollegen dafür, nur 53 stimmten dagegen. Schließlich erläuterte Lemmer auch noch im Reichstag die Zustimmung der DDP. Ein 1929 gegen ihn eingebrachter Misstrauensantrag auf dem Reichsjugendtag scheiterte, worauf die Vertreter des linken Flügels unter Lüth (Hamburg), Meyer, Stündt (Bayern) sowie aus Berlin ihre Wiederwahl ablehnten. Trotz Abspaltungen bildeten die Pazifisten in den Jungdemokraten eine starke Minderheit – im Gegensatz zur DDP.

Spaltung der DDP und Gründung der Radikaldemokratischen Partei

Die Zusammenarbeit der DDP mit der rechtsliberalen Deutschen Volkspartei (DVP), insbesondere aber mit den militaristischen und antisemitischen Nationalliberalen im Jungdeutschen Orden (Jungdo) ab 1928 und der Zusammenschluss zur Deutschen Staatspartei im Jahre 1930 führte zur Abspaltung der linksliberalen Jungdemokraten. Otto Stündt erklärte stellvertretend für die oppositionellen Jungdemokraten: „*Sie machen uns Jungdemokraten heimatlos und sie machen es uns unmöglich mitzugehen*“.

Im Zuge dessen traten viele gewerkschaftlich orientierte Demokraten zur SPD über, andere Staatsparteigegner arbeiteten zuerst in der innerparteilichen »Vereinigung unabhängiger Demokraten« (VUD). Diese gründete sich im August 1930 in Nürnberg und ihr trat zum Beispiel der Landesverband Berlin-Brandenburg der Jungdemokraten en bloc durch vorher vollzogenen Austritt aus dem Reichsbund bei.

Doch die VUD konnte die Auflösung der DDP und den Übergang zur DStP nicht verhindern und so wurde am 29./30. November 1930 in Kassel die »Radikaldemokratische Partei« (RDP) gegründet. Ihr politischer Standort war, bis auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik bei der klassisch liberale und linke Positionen konkurrierten, nach eigenem Verständnis links von der SPD, ihr Motto „Die neue Linke greift ein!“.

Anzeige

Buchveröffentlichung

Duisburg - rechts um!? Neonazismus im Großraum Duisburg/Oberhausen

Mit Beiträgen von Pierre Briegert, Christian Dornbusch, Bora Ergin, Klara Köpf, Jens Mühlfriedel, Jürgen Peters und Mark User

148 Seiten, broschiert, Preis: 5 € - ISBN: 3-9806044-4-6

Herausgeberin: JungdemokratInnen/Junge Linke Duisburg, Gravelottestr. 28, 47053 Duisburg

Das Ende des linken Liberalismus von Weimar

Die Jungdemokraten standen demnach in zwei Lagern. Zum einen in der neugegründeten Staatsbürgerlichen Jugend der DStP sowie in dem am 26./27. März 1932 in Erfurt gegründeten Reichsbund der Radikaldemokratischen Jugend.

Die RDP und die RDJ waren erfasst von den Kontroversen der Endphase der Weimarer Republik. Die Auseinandersetzung um die Unterstützung Hindenburgs als Reichspräsidenten, zu dessen Wahl im April 1932 die bürgerlichen Parteien sowie die SPD aufriefen vs. einer Unterstützung des Kommunisten Thälmanns, für den sich der RDP-Vorsitzende Braubach aussprach führte zum Austritt von Ortsgruppen, die gegen eine Zusammenarbeit mit Kommunisten waren.

Bei der Reichstagswahl im November 1932 erhielt die RDP 3.793 Stimmen (0,0%) und bestätigte damit Quiddes Votum bereits vor der Juli-Wahl 1932, nicht anzutreten. Bei den letzten „Wahlen“ zum Reichstag im März 1933 durfte die RDP nicht antreten. Im Juli 1933 lösten sich RDP, RDJ, DStP, StPJ selbst auf. ☹

Literatur:

DORN, WOLFRAM/HOFMANN, HARALD (Hrsg.): Geschichte des deutschen Liberalismus, Bonn 1966

GOTTSCHALK, REGINA: Linksliberale und Weimarer Koalition, in: liberal Heft 12/1971, S. 925-933

GUTLEBEN, BURKHARD: Die Spaltung der Jungdemokraten 1930, in: Tendenz – Zeitung der Jungdemokraten, Januar 1930

ROMMEL, HANS-OTTO: Die Weimarer Jungdemokraten, in: liberal Heft 12/1971, S. 915-924

ROMMEL, HANS-OTTO: Die Deutschen Jungdemokraten nach 1945, in: liberal Heft 4/1980, S. 563-573

RÜSS, KURT: Radikaldemokratische Partei (RDP) 1930-1933, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Berlin-Ost 1968, S. 608-613

Die Wiedergründung der Jungdemokraten nach 1945

Die Wiederentstehung der Jungdemokraten nach dem II. Weltkrieg ist eng verknüpft mit der Entstehung liberaler Parteien in den vier Besatzungszonen. Die Alliierten gingen durchaus nicht einheitlich bei der Zulassung von Parteien in ihren Besatzungszonen vor.

Jung-liberale Anfänge in der Sowjetischen Besatzungszone

Der Anfang konnte im Juli 1945 in der sowjetischen Besatzungszone gemacht werden, wo unter maßgeblicher Beteiligung des ehemaligen Reichsministers Wilhelm Külz (DDP) in Berlin die Liberal-Demokratische-Partei-Deutschlands (LDPD) gegründet wurde und in den bis 1952 bestehenden Ländern der sowjetischen Besatzungszone zugelassen wurde.

Die LDPD in der SBZ konnte einen enormen Zuspruch von jungen Menschen verzeichnen – rund 23% ihrer Mitglieder im Jahre 1947 war unter 25 Jahren und so verwundert es nicht, dass im 38köpfigen Zentralvorstand 7 junge Liberal-Demokraten vertreten waren. Im Bezirksverband Dresden waren 5.000 der 15.000 Mitglieder im Jugendverbandsalter, in Thüringen sogar 40%. Die LDPD bildete damit die jüngste Partei, während in der SED die ältesten Mitglieder vertreten waren.

Dass sich diese Mitgliederstruktur nicht in einem eigenständigen Jugendverband niederschlug steht im Zusammenhang einer Weisung der Sowjetischen Militäradministration (SMAD). Der einzige von der SMAD zugelassene Jugendverband war die Freie Deutsche Jugend (FDJ). Die LDPD-Arbeit konnte somit nur in parteieigenen Jugendausschüssen erfolgen. Die Gründung dieser Ausschüsse erfolgte Anfang 1947 sowohl auf Zonen- wie auch auf Landesebene und bildete den Auftakt für intensive Koordinierungsarbeit. Die jungen Liberalen arbeiteten im Rahmen der ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten energisch gegen den Monopolanspruch der FDJ und beabsichtigten, auch gegen den Widerstand älterer LDPD-Mitglieder, ihre Partei zum Sammelbecken oppositioneller Jugendarbeit auszubauen.

Junge FDP in der Britischen Besatzungszone

In den westlichen Besatzungszonen waren es zuerst die Engländer, die die Möglichkeiten zur Wiederbelebung des organisierten Liberalismus eröffneten sowohl regional wie auf Zonenebene ermöglichten. So konnte bereits 1946 ein erster Zonenjugendtag der FDP in Hannover stattfinden. Analog zur LDPD fand auch in der britischen Besatzungszone die Arbeit zuerst in den Jugendausschüssen statt, die in allen Kreisgruppen gebildet werden sollten und aus denen mindestens ein Mitglied in die betreffende Parteileitung entsandt werden sollte, sofern die Jungen nicht entsprechend ihrer proportionalen Mitgliederstärke beteiligt würden.

Für die Jungdemokraten in der französischen Besatzungszone war es demgegenüber erheblich schwerer sich auf Zonenbasis zusammenzuschließen. Die Besatzungsmacht so bereits auf Landesebene politische Zusammenschlüsse ungern und auf Zonen- geschweige denn auf interzonaler Ebene waren Koordinierung und Organisation undenkbar.

26.April 1947 – Gründung der Deutschen Jungdemokraten

Gleichwohl versuchten die Jungdemokraten ihre Möglichkeiten interzonaler Koordination beharrlich auszuweiten und so trafen sich wenige Tage nach Abschluss der kontroversen und erfolglosen Moskauer Außenministerkonferenz am 26.April 1947 junge Liberale aus Bayern, Berlin, Bremen, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Württemberg-Baden zu einer Interzonentagung. Die beiden Berliner waren die einzigen Ostdeutschen die teilnehmen konnten, da den anderen Vertretern durch die SMAD die Anreise untersagt worden war. Auf dieser ersten Tagung, bei der sich junge Liberale über die Besatzungsgrenzen hinweg über Stand und Ziel ihrer Tätigkeit austauschen konnten, wurde einstimmig der Beschluss gefasst sich zu einer liberalen Jugendorganisation unter der Bezeichnung „Deutsche Jungdemokraten“ (DJ) zusammenzuschließen.

Als höchstes Gremium wurde ein Interzonenbeirat gebildet, in den jeder Landesverband einschließlich der Länder der SBZ einen Vertreter oder eine Vertreterin entsenden sollte. Die unterschiedlichen Namen der lokalen und regionalen Gruppen wurden vereinheitlicht.

Stabilisierung der DJD in den westlichen Besatzungszonen – Blockade der SMAD

In kurzer Folge führten die DJD weitere Treffen im Jahre 1947 durch. Der zweite Jugendtag fand am 21. und 22. Juni 1947 in Heidelberg statt. Leider konnten aufgrund von Passschwierigkeiten und schlechten Zugverbindungen nicht alle Landesverbände teilnehmen. Aus der SBZ konnten Manfred Gerlach, der spätere LDPD-Generalsekretär sowie ein Vertreter Thüringens teilnehmen. Schwierigkeiten hatte auch der Vertreter der Jungdemokraten aus Württemberg-Hohenzollern, der von der französischen Besatzungszone striktes Redeverbot erhalten hatte und deshalb erklärte er dürfe gar nicht teilnehmen und deshalb nichts sagen. Die Jungdemokraten der französischen Besatzungszone waren deshalb auch am Beitritt zu den DJD gehindert.

Auf dem im September 1947 in Berlin stattfindenden Treffen standen die Einflussnahme der SMAD sowie das Verhältnis zu den übrigen Jugendverbänden im Mittelpunkt. Ursprünglich war geplant worden, dass Treffen sowohl im östlichen wie auch im westlichen Teil der Stadt durchzuführen. Doch nachdem es der sowjetischen Besatzungsmacht nicht gelang, als Gegenleistung für die Durchführungsgenehmigung eine Einflussnahme auf das Programm zu erreichen, empfahl sie den LDPD-Vertretern die Nichtteilnahme an der Veranstaltung, die nun ausschließlich im amerikanischen Sektor stattfinden musste.

Mit der Debatte über die Haltung zu den neu- und wiedergegründeten Jugendverbänden wurde versucht die Frage zu klären, welche dieser Organisationen denn als Partner in Betracht kämen. Mit der bündischen Jugendbewegung, die vor 1933 einen erheblichen Zuspruch hatte, wurde eine engere Zusammenarbeit als geeignet angesehen.

Exkurs: Die Jungen Adler

In erster Linie vor diesem Hintergrund ist das Bestreben insbesondere des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen zu sehen, zum Beginn der 50er Jahre eine Organisation mit jugendpflegerischem Charakter für die Zielgruppe der 10-

bis 18-jährigen zu bilden. Diese Organisation trug den Namen „Junge Adler“ und führte sogar zur Gründung eines Reichsverbandes der „Jungen Adler“.

Der ursprünglich jugendpflegerische Versuch der Gründung einer liberalen Vorfeldorganisation im Sinne der „Falken“ verknüpft sich jedoch mit einer extremen Variante des Flügelkampfes zwischen Liberalen und Nationalliberalen ab 1948, der gegen den nationalliberalen Flügel um Martin Euler mit den Hochburgen Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen entschieden wird.

Die Positionierung und strategische Orientierung der FDP sollte mit den Worten Eulers wie folgt aussehen: „Der Platz der FDP ist eindeutig rechts von der CDU“ bzw. die FDP solle versuchen, „die alten Soldaten, Spätheimkehrer und ehemaligen Nationalsozialisten“ für die neue Demokratie ansprechen, um „alle zu gewinnen, und auf unserem Boden zu sammeln, die heute noch beiseite stehen“.

In Nordrhein-Westfalen wurde dies als Angebot an ehemalige Nationalsozialisten zur Infiltration der F.D.P. verstanden. Der F.D.P.-Geschäftsführer Werner Naumann, ehemaliger Staatssekretär in Goebbels-Propaganda-Ministerium wird 1953 vom britischen Geheimdienst verhaftet, weil er versucht hatte alten und noch immer überzeugten Nationalsozialisten systematisch in Landesverbandsfunktionen zu verhelfen. Hatte sich bei der F.D.P. der Einfluss Naumanns nur auf die hauptamtlich Beschäftigten erstreckt, so sind bei den Jungdemokraten bereits Teile der Mitgliedschaft und unteren Funktionärschicht erfasst.

In diesem Kontext treten auf dem F.D.P.-Parteitag 1951 erstmals die nordrhein-westfälischen Jungen Adler in Erscheinung. Mit blau-grauen Hemden, einem Adler auf dem linken Hemdsärmel und kurzen schwarzen Hosen, schwarzem Halstuch und Lederknoten übten sie in HJ-Manier Saalordnerfunktion aus. Während die Parteileitung das Auftreten missbilligt, gelingt dem Parteivorstand und den anwesenden DJD-Vertretern im Unterschied zur entschiedenen und heftigen Ablehnung durch den Liberalen Studentenbund Deutschlands keine deutliche Distanzierung zu dieser Organisation, deren Vorstandspositionen überwiegend von ehemaligen HJ-Funktionären besetzt sind.

Zwar gelingt es den genuinen Jungdemokraten diesen Einfluss auch in Nordrhein-Westfalen zurückzudrängen, doch noch längere Zeit bleibt NRW der konservative Teil des Verbandes.

Debatte um die Deutsche Einheit – Aufbau der Verbandspresse

In Detmold fand die Kette der jungdemokratischen Treffend des Jahres 1947 ihren Abschluss. Der Aufbau einer eigenen Pressearbeit unter den Bedingungen vielfältiger organisatorischer Probleme, finanzieller Schwierigkeiten, Defiziten bei der Papierzuteilung und selbstredend der Lizenzbestimmungen der Besatzungszonen nahm in Detmold großen Raum ein. Darüber hinaus standen mit dem Berufsfürsorgegesetz sozialpolitisch drängende Fragen der damaligen Zeit im Diskussionsinteresse.

In Detmold ratifizierten die DJD auch die Satzungen des Weltbundes der Liberalen und Radikalen Jugend (WFLRY), dem die JungdemokratInnen bis Anfang der 90er Jahre angehörten, bevor sie 1994 in Kopenhagen das Europäische Netzwerk linker und demokratischer Jugend (ENDYL) gründeten.

Im Mittelpunkt der Beratungen stand jedoch die Ergebnisse der Londoner Außenministerkonferenz. Im Ergebnis der Diskussion erklärten die DJD, dass „sich die junge Generation der LDP, FDP, DVP, BDV und DP bedingungslos zum Grundsatz der deutschen Einheit erklärt. Die Deutschen Jungdemokraten werden eine Zerreißung Deutschlands, die ihren Grund nicht in deutschen Gegensätzen finden könnte, niemals anerkennen“.

Endgültiger Bruch zwischen westlicher und östlicher jungliberaler Politik

In deutlichem Gegensatz zum Einheitswillen der DJD entwickelte sich die Politik der SMAD gegenüber den jungen Liberalen in ihrer Besatzungszone. Die Repressionen gegenüber jungen LDPD-Mitgliedern nahm stetig zu, viele wurden verhaftet, teils zu langen Freiheitsstrafen verurteilt. Während sich der sächsische Landesjugendsekretär der LDPD, Wolfgang Mischnick, 1948 in die westlichen Besatzungszonen flüchtet, wird der mecklenburgische Landesjugendsekretär Arno Esch 1949 verhaf-

tet und 1951, zwei Jahre vor Stalins Tod, erschossen.

Vor allem die Berliner Jungdemokraten problematisierten auf der Beiratssitzung im März 1948 die Fiktion einer gleichmäßigen Verbandsentwicklung der DJD in Ost und West und schlugen deshalb vor, einen Westzusammenschluss unter Einbeziehung Berlins zu bilden und die Liberalen im Osten ideologisch zu unterstützen. Angesichts der politischen Entwicklung blieb nichts weiter übrig, als so zu verfahren.

Politische und organisatorische Ausrichtung der DJD 1946-1949

Im Zeitraum zwischen 1946 und 1949 standen sozial- und wirtschaftspolitische Fragestellungen neben dem Organisationsaufbau im Mittelpunkt der Verbandspolitik. Die Deutschlandpolitik rangierte erst danach. Die Positionen entsprachen in der Regel der Politik der F.D.P., der sich die DJD als organisatorisch eigenständiger Jugendverband zugehörig fühlten. ☞

Literatur:

- BAUM, GERHART/JULING, PETER: Auf und ab der Liberalen, Gerlingen 1983
- DOERING, DETMAR/STOCKHAUSEN-DOERING, LIESELOTTE: Kräfte des Wandels? Liberale Jugendorganisationen von der sozialliberalen Koalition bis heute, Schriften der Friedrich-Naumann-Stiftung, Sankt-Augustin 1990
- DORN, WOLFRAM/HOFMANN, HARALD (Hrsg.): Geschichte des deutschen Liberalismus, Bonn 1966
- KLEFF, MICHAEL: Die Geschichte der Deutschen Jungdemokraten von 1945-1975. Die Entwicklung eines politischen Jugendverbandes, unveröffentlichte Diplomarbeit, Köln 1976
- KLEFF, MICHAEL: 30 Jahre Jungdemokraten – ein historischer Rückblick, in: liberal Heft 4/1977, S. 295-299
- ROMMEL, HANS-OTTO: Die Deutschen Jungdemokraten nach 1945, in: liberal Heft 4/1980, S. 563-573

Geplante Themen der kommenden Ausgaben des Archiv für radikaldemokratische Politik

Zwei-Wege-Strategie 1970-2003	Internationale Politik der Judos	Radikaldemokratische Studierendenpolitik
Sackgasse (Schroers, 1973) oder Logik der Parlamentarismuskritik?	Von der Entspannungspolitik zur Globalisierungsdebatte	Kontinuität und Wandel in Organi- sation, Themen, Bedingungen

Dokumente zur Gründung der MJV „Junge Linke“ 1990

Die ehemaligen Jungdemokraten tragen seit 1992 den Namen Jungdemokraten/Junge Linke, in den Mitte der 90er Jahre noch das Binnen-„i“ integriert wurde.

Manche Alt-DemokratInnen zeigten Unverständnis, als sie erfuhren mit wem sich die Judos 1991/92 vereinigen wollten »Marxistische Jugendvereinigung „Junge Linke««. Manche verstehen es heute noch nicht.

Im Vorfeld des JungdemokratInnen-Oldie-Treffens am 08.02.2003 formulierte der stellv. DJD-Bundesvorsitzende 1970/71, Jürgen Kunze, in einer Email an den Autor: *„Im Jungdemokratenlang der 70er Jahre waren die einschlägigen Kategorien übrigens: antikapitalistisch mit systemüberwindender Perspektive (aber eben nicht in einer sozialistischen Traditionslinie)“.*

Möglicherweise wird in dieser Differenzierung das Fremdeln einiger Alt-DemokratInnen mit politischen Orientierungen der heutigen JungdemokratInnen/Junge Linke verständlich. Immerhin wurde über erstere noch durch den liberalen NRW-Innenminister 1971 im F.D.P.-Pressedienst geurteilt: *„Man könnte meinen man habe es bei den Jungdemokraten mit einem außerparlamentarischen sozialistischen Kampfverband und nicht mit der Nachwuchsorganisation der F.D.P. zu tun“.*

In diesem Beitrag soll versucht werden, erste Blindstellen über die Geschichte des ostdeutschen Teils der heutigen JD/JL aufzuhellen und auch diesen bislang eher vernachlässigten kurzen Teil der Geschichte des Verbandes einer interessierten Betrachtung zugänglich zu machen. Dazu wird zuerst eine knappe Zusammenfassung der MJV und des Vereinigungsprozesses mit den DJD vorgenommen, woran sich dann einige Dokumente zur MJV-Geschichte anschließen.

MJV „Junge Linke“ in Kürze

Die MJV-„Junge Linke“ entstand als Basisbewegung in der DDR-Revolution 1989/90. Auf ihrem Gründungstreffen im Dezember 1989 versammelten sich Basisgruppen linker Jugendlicher aus der gesamten DDR.

Aus der Kritik an FDJ und SED entwickelte sich ein Gründungskonsens für eine linke, DDR-weite Jugendorganisation. Der Name stammt –

zunächst als Provisorium gedacht – von den beiden größten Gründungsgruppen Junge Linke Berlin und Marxistischer Jugendverband Leipzig.

Die MJV-„Junge Linke“ wollte:

- eine Selbstorganisation von linken, marxistischen Jugendlichen sein, ohne Rückenbedeckung und Beeinflussung einer Partei oder eines hauptamtlichen (FDJ-) Apparates,
- für eine demokratische und sozialistische Erneuerung der DDR eintreten, auch dann noch, als andere ihr Fähnchen nach Westen schwenkten,
- basisdemokratische Strukturen schaffen, innerhalb und außerhalb der eigenen Organisation.

Die Vereinigung MJV und DJD zu JD/JL

Der Entscheidung der Judos für die MJV, wie auch der Entscheidung der MJV für die Judos (nicht nur die Mitglieder der „Deutschen Jungdemokraten – liberaler Jugendverband e.V.“ schreckten vor den „Marxisten“ zurück, auch diese konnten sich eine Fusion mit den „Liberalen“ nicht ohne weiteres vorstellen) ging eine zweijährige Annäherung voraus. Eine regelmäßig und durchaus nicht konfliktfrei tagende Verhandlungskommission, gemeinsame Veranstaltungen, Kontakte zwischen Basisgruppen (Ost) und Kreisverbänden (West) aber auch ganz persönlicher Art bereiteten den Boden für die Fusion.

Der Vereinigungsvertrag legte für zwei Jahre volle Parität fest: Je ein/e Bundesvorsitzende/r aus Ost und West, paritätische Gremien (BDK, BHA, BuVo) bis hin zu zwei Geschäftsstellen mit Sitz in Bonn und Berlin.

Dass JD/JL weit vor den meisten Jugendverbänden gänzlich von Bonn nach Berlin umzogen, hat ihnen im Gegensatz den anderen Verbänden die Möglichkeiten genommen, von den prall gefüllten Töpfen der „Umzugshifen“ in die neue Hauptstadt zu profitieren.

Die MJV bestand als „Regionalverband Ost“ auch weiterhin fort. Die Judos haben von der Möglichkeit eines Regionalverbandes West nie Gebrauch gemacht. Erst 1994 endete diese Übergangszeit.

Dokument 1

»Neues vom Umgang mit einem Alten«

Über das ganze Land verstreute linke Jugendgruppen einigten sich im Dezember auf die Gründung einer Marxistischen Jugendvereinigung „Junge Linke“ (MJV). Mit Katharina Tanneberger (17, Schülerin) und Axel Schwenzer (24, Student) von der Koordinierungsgruppe zur Vorbereitung des Gründungskongresses sprach »JUNGE WELT«.

Das Spektrum von Jugendorganisationen wird langsam unübersichtlich, und je mehr davon für sich „wursteln“, desto weniger scheinen Jugendinteressen wirklich vertreten zu sein...

Axel: Die geplante Gründung des MJV ist keine weitere Aufsplitterung, sie soll linke Jugendliche zusammenbringen. Wir stehen dazu mit etwa 40 Jugendgruppen in der Republik in Kontakt. Ein wichtiger Anstoß ist für uns Linke dabei die rechte Gefahr.

Ihr seid ein Stück Konkursmasse der alten FDJ?

Katharina: Ja, die ersten Gruppen von uns haben sich zusammengefunden, weil die FDJ seit der Wende konzeptionslos war und für uns so nicht mehr funktionierte. Die Leipziger Jungen Linken und wir Berliner haben gemeinsam zum Zusammenschluß aufgerufen.

Was passierte nach diesem Aufruf?

A: Zu unserem ersten Treffen am 17. Dezember [1989 -d.R.] kamen Vertreter von 42 linken Jugendgruppen in die Berliner Carl-von-Ossietzky-Oberschule. Dabei einigten sich 25 marxistisch orientierte Jugendgruppen auf die Gründung des MJV.

K: Die anderen können sich nicht mit Marx identifizieren, sind aber alle für ein linkes Aktionsbündnis. Wir brauchen das zum Beispiel für Antifa-Vorhaben. So entstand also neben dem Plan zur Gründung der MJV gleich noch ein breiteres Bündnis, der Linke Jugendring.

Marxens Lehre sei tot, wir hatten unseren Teil Schuld daran – man hört das jetzt ziemlich oft...

A: Das sehen wir anders. Trotz der Erfahrungen in FDJ und Schule. Der Marxismus ist nicht so schlecht, wie er in der Vergangenheit bei uns praktiziert wurde. Wir verstehen darunter eine Weltanschauung, die die Geschichte der menschlichen Gesellschaft als einen gesetzmäßigen Prozeß begreift, in dem wir uns die materialistische Dialektik als Methode zur Erkenntnis entstehender gesellschaftlicher Erscheinungen aneignen und sie anwenden. Mit

Marx sehen wir das Ziel der gesellschaftlichen Entwicklung in einer Gesellschaft, in der „die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“.

Glaubt ihr, daß ihr mit solchen Sätzen um Zulauf für euren MJV werben könnt?

K: Wir reden nicht immer so „geschwollen“ miteinander, aber einer Wissenschaft muß man auch begrifflich gerecht werden.

A: Es gibt keine einfachen Lösungen für unsere schwierigen Probleme. Schon deshalb ist für uns der wissenschaftliche Weg der richtige. Zuspruch wollen wir nicht durch kernige Sprüche erschwindeln. Wir hoffen, daß unsere Ziele von möglichst vielen anderen Jugendlichen unseres Landes als die eigenen erkannt werden.

Welche Ziele sind das?

A: Wir setzen uns für einen demokratisch erneuerten Sozialismus in einer souveränen DDR ein, sind gegen die „Wiedervereinigungspläne“ von Kohl & Co., Faschismus, Rassismus und Antisemitismus wollen wir bekämpfen – dazu arbeiten wir auch mit anderen nationalen und internationalen progressiven Organisationen zusammen.

Wie soll diese Zusammenarbeit aussehen?

A: Gemeinsame Demos und Flugblattaktionen gegen rechts beispielsweise, bei der Antifa-Demo in Treptow waren wir am Mittwoch dabei. Wir haben auch Kontakt zu den Jungsozialisten in Westberlin.

Für uns besonders wichtig: Wir haben endlich Sitz und Stimme am Runden Tisch der Jugend.

Wie sind eure ersten Eindrücke von der Arbeit dieses Runden Tisches der Jugend?

K: Es muß dort endlich um Sachfragen gehen – das ewige Hick-Hack um die Verfahrensweise hält aber davon ab.

A: Gerade in der gegenwärtigen Situation, da Jugendrechte in Gefahr sind, brauchen wir so schnell wie möglich ein Gremium, das Jugendinteressen gegenüber dem Staat wirksam vertritt. Das müßte zunächst der Runde Tisch der Jugend sein.

Wie steht ihr zur Frage von parlamentarischen Jugendvertretungen?

A: Wir halten sie für notwendig – auf allen Ebenen.

K: Es ist nicht damit zu rechnen, daß Parteien Jugendinteressen konsequent vertreten werden – wir müssen uns selber kümmern! Damit könnten wir auch verhindern, daß wir jungen Leute für Parteipolitik vereinnahmt werden. Ein reines Parteien-Parlament würde leider auch entstehende und entstandene Bewegungen ausgrenzen.

A: Ich finde es scheinheilig, daß sich Vertreter von parteinahen Jugendverbänden gegen parlamentarische Jugendvertretungen stark machen.

Wie würdet ihr euch eine funktionierende parlamentarische Jugendvertretung vorstellen?

A: Einige Stichworte: Jugendfraktionen in allen Volksvertretungen, ruhende Parteimitgliedschaft bei Mandatsträgern, Verbot des Fraktionszwanges, Einführung der Zweitstimme, die die Konkurrenz um Stimmen zwischen Parteien

und Organisationen ausschließt (Erststimme für Parteien und Regierungsfähigkeit, Zweitstimme für Vereinigungen sichert Interessenvertretung bestimmter Bevölkerungsgruppen).

Wer kann bei euch Mitglied werden?

K: Man sollte schon 13 bis 30 Jahre jung sein und Programm und Statut anerkennen. Die wollen wir auf unserem Gründungskongress am 3. und 4. Februar [1990 –d.R.] beschließen und nach Möglichkeit Interessenten dann auch zuschicken. [...]

Schickt ihr zum von der FDJ initiierten Gründungskongreß für einen sozialistischen Jugendverband vom 26. bis 28. Januar Vertreter?

A: Ja, das wollen wir.

[Interview in der Tageszeitung „Junge Welt“ am 5.1.1990]

Dokument 2

»Wer ist die MJV?«

Marx ist Murks? Quatsch, kein bisschen. Murks ist, wenn man denkt, Marx wäre Quatsch.

Marx, das ist nicht die Begründung für staatlich verwalteten Mangel und zentralistisch verordnete Gleichschaltung des Denkens. Vielmehr ist dies die Feststellung, daß die Menschen menschlich nur miteinander leben können, nicht gegeneinander. Und es ist der Versuch, zu beschreiben, worin die Grundlagen dieses Miteinander liegen können.

In der Marxistischen Jugendvereinigung „Junge Linke“ vereinigen sich junge Leute, die – dies bedenkend – sich nicht damit abfinden können, dass wir die sich seit dem letzten Herbst abzeichnenden Möglichkeiten der Freiheit eingreifenden Denkens jetzt eintauschen sollen gegen die Freiheit folgenlosen Tuns. Angetreten mit dem Ruf nach „Demokratie - jetzt oder nie!“ und „Gorbi, Gorbi!“ entwickelt sich die „Revolution“ hin zu einem Zustand, da jeder nur noch selbst sein nächster sein soll. Entwicklung ist wirklicher Fortschritt aber doch nur dann, wenn sie nicht die Entwicklungsmöglichkeiten anderer – einzelner Mitmenschen, Gruppen, Länder, Kontinente... – beschneidet. Der schnelle Wechsel vom nicht funktionierenden bisherigen zum schillernden System unseres westlichen Nachbarn mag verführerisch scheinen – uns lockt er nicht. Zu deutlich ist erkennbar, auf wessen Kosten diese Gesellschaft sich „gesundstößt“ und an welchen „Konsum-Orgien“ uns zu beteiligen wir künftig gezwungen sein werden.

„Naive Spinner“ hören wir da von „realistisch denken Erwachsenen“. Dies ist wohl nicht Ausdruck eines „Generationskonflikts“, sondern vielmehr der Unterschied zwischen mangelndem und vorhandenem SELBSTbewußtsein. Leuten, die sich selbst kaum noch vertrauen, ist jede Art von Phantasie fremd. Und indem sie sich bestehenden Denk- und Verhaltensmustern anschließen, ergibt sich der große Vorteil, die eigene Unsicherheit überwinden zu können: mit dem Gefühl so zu denken (so zu sein) wie viele, wie die meisten...

Gerade dagegen haben wir uns in einer eigenen politischen JUGENDorganisation zusammengefunden. Jugendliche sollen weiterhin unbelastet, nicht konsum-korrupt, auf der Suche sein. Gesucht wird eine Art zu leben, bei der nicht auf Kosten anderer „auf-Teufelkomm-raus“ um den eigenen Vorteil geschachert werden muß.

Wir wollen uns dabei nicht durch irgendwelche Parteiprogramme oder Appara-„Größen“ Wege verbieten, Räume verschließen, Ideen ausreden, Gedanken vordenen lassen. Wir wollen selbst bestimmen, wie es mit uns weitergeht. Wir wollen, daß es WEITER geht!!!

[Aus: Jungdemokraten Berlin (Hrsg.): Gute Nacht alte FDJ! Guten Tag ihr Neuen, Berlin-West 1990]

Herausgeber:

Archiv für radikaldemokratische Politik e.V.

JungdemokratInnen/Junge Linke - Bundesgeschäftsstelle

Haus der Demokratie & Menschenrechte

Greifswalder Straße 4, 10409 Berlin

Tel.: 030-4402 4864

Fax: 030-4402 4866

<http://www.radikaldemokratie.net>

ViSdP: Benjamin Hoff

Redaktion: Marek Voigt, Benjamin Hoff

Bestellungen, Manuskripte sowie Hinweise an die Redaktion
senden Sie bitte an obenstehende Adresse. Vielen Dank